

## **Antrag**

**der Abg. Lars Patrick Berg u. a. AfD**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration**

### **Einsatz von rumänischen Polizisten**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. wie sie den zeitweiligen Einsatz rumänischer Polizisten in Berlin und Nordrhein-Westfalen im Rahmen von Hospitationen bewertet;
2. ob ihr bekannt ist, dass im Zuge dieser Hospitationen Fortschritte in der Bekämpfung insbesondere von Diebstahlsdelikten durch aus Rumänien stammende Bandenmitglieder gemacht wurden;
3. ob sie den zeitweiligen Einsatz rumänischer Polizisten zu dem in Ziffer 2 genannten Zweck auch in Baden-Württemberg erwägt, befürwortet oder plant;
4. warum sie ggf. keine entsprechenden Überlegungen anstellt.

01. 04. 2019

Berg, Dürr, Palka, Pfeiffer, Rottmann AfD

## Begründung

In den vergangenen Jahren kamen in Berlin und Nordrhein-Westfalen immer wieder rumänische Polizisten zum Einsatz, um im Rahmen von Hospitationen von ihren deutschen Kollegen zu lernen, aber auch umgekehrt Wissen insbesondere über aus Rumänien stammende Bandenmitglieder zu vermitteln. Presseberichten zufolge waren diese Einsätze in der Regel erfolgreich und wurden von den Beteiligten durchweg positiv bewertet. Möglicherweise könnte dieses Modell auch in Baden-Württemberg dabei behilflich sein, die insbesondere in Tourismushochburgen augenfälligen Probleme mit Diebstahlsdelikten zu reduzieren.

## Stellungnahme

Mit Schreiben vom 25. April 2019 Nr. 3-0141.5/1 nimmt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

- 1. wie sie den zeitweiligen Einsatz rumänischer Polizisten in Berlin und Nordrhein-Westfalen im Rahmen von Hospitationen bewertet;*
- 2. ob ihr bekannt ist, dass im Zuge dieser Hospitationen Fortschritte in der Bekämpfung insbesondere von Diebstahlsdelikten durch aus Rumänien stammende Bandenmitglieder gemacht wurden;*

Zu 1. und 2.:

Eine Bewertung von Polizeieinsätzen in anderen Ländern nimmt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration grundsätzlich nicht vor.

- 3. ob sie den zeitweiligen Einsatz rumänischer Polizisten zu dem in Ziffer 2 genannten Zweck auch in Baden-Württemberg erwägt, befürwortet oder plant;*
- 4. warum sie ggf. keine entsprechenden Überlegungen anstellt.*

Zu 3. und 4.:

Der Einsatz rumänischer Polizeibeamtinnen und -beamter ist auf Grundlage des Beschlusses 2008/615/JI des Rates vom 23. Juni 2008 zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität (sogenannter Prüm-Beschluss), möglich. Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration steht gemeinsamen Streifen und anderen Einsatzformen auf Grundlage dieses Beschlusses grundsätzlich positiv gegenüber. So hat sich insbesondere mit unserem Nachbarn Frankreich ein regelmäßiger und gegenseitiger Austausch von Polizeibeamtinnen und -beamten bei vielen Anlässen etabliert und bewährt.

Insofern steht das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration auch einem temporären Einsatz von rumänischen Polizeibeamtinnen und -beamten offen gegenüber. Ob die örtliche Lage und Situation allerdings einen solchen Einsatz erfordert, steht im Ermessen des jeweils zuständigen Polizeipräsidiums. Bei geeigneten Fallkonstellationen wird die Polizei alle erforderlichen Maßnahmen, die auch den temporären Einsatz rumänischer Polizeibeamtinnen und -beamte umfasst, erwägen.

Strobl

Minister für Inneres,  
Digitalisierung und Migration